

## ZI Lateinamerika-Institut

Freie Universität Berlin, ZI Lateinamerika-Institut Rüdesheimer Straße 54-56, 14197 BERLIN

Frankfurter Allgemeine Zeitung Kundenservice leserbriefe@faz.de Frankfurt/M.

Prof. em. Dr. Manfred Nitsch - Ökonomie privat Am Sandwerder 8 c 14109 BERLIN

Telefon +49 30 - 838-53072/3 Privat +49 30 - 803 75 51 (casa) E-Mail manfred.nitsch@t-online.de Internet www.fu-berlin.de/lai

Berlin, 22.08.2020

## Leserbrief zur heutigen Ausgabe: "Vermögen für jeden" und "So viel Geld sollte da sein" <Nachtrag am 20.09.2020: Nicht abgedruckt>

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ihre beiden Artikel lenken das Interesse auf wichtige Themen, enthalten aber Widersprüche und Lücken. "Vermögen" wird von Statistikern, die mit Panel-Umfragen operieren, eng definiert. Die Renten und Pensionen werden rausgelassen, weil deren Wert schwer zu erfragen ist. Da sie aber zum gefühlten "Wohlstand" und seiner Verteilung in unserer Gesellschaft entscheidend beitragen, ist es irreführend, sie nicht als Vermögen zu betrachten.

Die Autoren versuchen es denn auch und ziehen dafür eine Schätzung des Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW) heran: Ein Durchschnittsbürger müsste für eine Durchschnittsrente ein "Sparvermögen von fast 100.000 Euro bilden", um auf denselben Wert wie seine gesetzliche Rente zu kommen.

Als Wissenschaftler habe ich mir gerade von der ALLIANZ ausrechnen lassen, wieviel ein Durchschnittsrentner heute einzahlen müsste, um vom 1. September an als 66-Jähriger die Durchschnittsrente von 1000 Euro pro Monat zu bekommen. Antwort vom 13. August d.J.: Einmalbetrag – 365.465,32 Euro. Der Durchschnittsbeamte mit 3000 Euro wäre also mit einem dreifachen Betrag mehr als Millionär, und selbst für mich als 80-Jährigen mit Ordinarien-Pension taxiert die ALLIANZ den Wert meiner Rente noch auf 1.105.176,49 Euro. Ihre Autoren zählen mich aber diesbezüglich unsinnigerweise unter die Vermögenslosen!

Das wäre ja harmlos, wenn sie nicht den Vergleich mit Italien und Frankreich anstellen würden, wo das eigene Haus wichtiger ist. Ihre Beschreibung der Probleme damit, nämlich Immobilität, Wertminderung, Kosten, etc. lässt aber die deutsche Tradition des Wohnens – sozialer Wohnungsbau und stabile Mietverhältnissse – keineswegs schlechter dastehen. Sie gehen auch davon aus, dass die Deutschen nicht via Aktienerwerb ein "Volk der Kleinkapitalisten" werden würde, - aber auf die naheliegende Variante gehen sie nicht ein: Warum dürfen

die Menschen nicht zusätzliche "Entgeltpunkte" bei der gesetzlichen Rentenversicherung erwerben, um ihre Rente von 1000 Euro auf 1100 oder auch 2000 zu bringen?

Auch bei Kerstin Papon liest man gar nichts von diesem naheliegenden Schritt zur Schließung der "großen Rentenlücke", die im Alter so vielen Menschen drohen soll. Dabei geht sie noch von den höchst unwahrscheinlichen Zahlen aus, dass in Zukunft durchschnittlich 42 Jahre lohnabhängig gearbeitet und Beitrag gezahlt wird und dass die Lebenserwartung nicht über 78 Jahre für Männer und 83 für Frauen steigt. Die ALLIANZ rechnet bei Max Mustermann in obiger Rechnung nicht mit 12, sondern mit 19 Jahren, und mir als Pensionär haben sie sogar noch 13-15 Jahre gegeben.

Zur Schließung der Rentenlücke ist eher die kräftige Heranziehung des allgemeinen Steueraufkommens notwendig, - wie schon bei den ersten 20-30 Lebensjahren. Jedenfalls ist es irreführend und unverantwortlich, die aktive Generation deshalb jetzt aussichtslos auf die bereits überhitzten Wohnungsmärkte und auf die Kapitalmärkte mit durchschnittlich Null Zinsen zu hetzen.

Mit freundlichen Grüßen

1 Wested WAR